

Kommunen schröpfen wie nie zuvor – der neue Teufelskreis für den Standort D



Von **Karsten Seibel**
Wirtschafts- und Finanzredakteur

Veröffentlicht am 15.11.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Gewerbegebiet Griesheim Nord

Quelle: picture alliance/Sportpics/Marc Schueler

Hohe Hebesätze der Kommunen treiben die Belastung der Firmen auf ein historisches Niveau. Aktuelle Zahlen, die WELT AM SONNTAG exklusiv vorliegen, zeigen zudem, wo die Abgaben am höchsten sind. Die Wirtschaft fordert eine Reform, warnt vor Abwanderung und sieht den Standort Deutschland in Gefahr.

Unternehmen sollten genau überlegen, ob sie sich in Nordrhein-Westfalen ansiedeln wollen. In keinem Bundesland ist die durchschnittliche Gewerbesteuerlast (<https://www.welt.de/themen/gewerbesteuer/>) höher. Eine Firma mit einem Ertrag von zwei Millionen Euro zahlt dort 331.800 Euro Gewerbesteuer. In Niedersachsen etwa sind es 30.800 Euro weniger, in Rheinland-Pfalz 35.000 Euro und in Baden-Württemberg sogar 51.800 Euro. Das zeigt eine Auswertung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) (<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/dihk-warum-deutsche-unternehmen-investitionen-zurueckhalten/>) für die 716 Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern in Deutschland, die WELT AM SONNTAG exklusiv vorliegt.

Ausschlaggebend ist der kommunale Hebesatz. Im Bundesdurchschnitt stieg dieser in diesem Jahr um einen Punkt auf den Rekordwert von 438 Prozent. In Nordrhein-Westfalen ging der Durchschnittssatz um zwei Punkte auf 474 Prozent nach oben. Das einzige Bundesland, in dem der Hebesatz noch unter 400 Prozent liegt, ist Brandenburg mit 386 Prozent. Im Vorjahr lag er auch in Baden-Württemberg im Mittel noch unter der 400er-Schwelle.

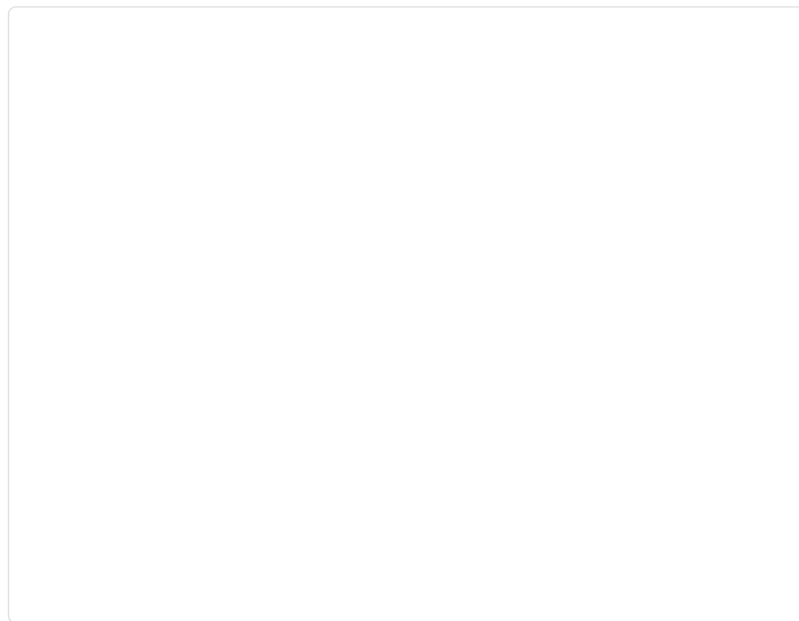
Aus der Formel Hebesatz mal der einheitlichen Steuermesszahl von 3,5 Prozent ergibt sich: In Nordrhein-Westfalen gehen im Schnitt 16,6 Prozent des Gewerbeertrags als Steuern ab. In Kombination mit der Körperschaftsteuer von 15 Prozent ergibt sich daraus für Kapitalgesellschaften eine Gesamtbelastung von 31,6 Prozent, in Brandenburg von 28,5 Prozent. Im Durchschnitt der Industrieländer liegt die Belastung für Unternehmen laut OECD bei 23 Prozent.

Die Unterschiede sind nicht nur zwischen den Bundesländern, sondern mitunter auch zwischen Kommunen eines Bundeslandes groß. Auch das zeigt sich besonders in Nordrhein-Westfalen (<https://www.welt.de/print/wams/nrw/>) : Die beiden Städte mit den bundesweit höchsten Hebesätzen sind Oberhausen und Mülheim mit 580 Prozent, die mit den niedrigsten Sätzen Leverkusen und Monheim mit 250 Prozent. Für eine GmbH oder AG bedeutet das inklusive Körperschaftsteuer eine Steuerlast von 35,3 Prozent in Oberhausen und Mülheim, in Leverkusen und Monheim von 23,75 Prozent.

Es ist ein Dilemma: Befinden sich am Standort bereits erfolgreiche Betriebe, sind die Gewerbesteuerereinnahmen hoch, der Hebesatz kann gesenkt werden – das führt wiederum dazu, dass sich weitere Betriebe dort ansiedeln. Erhöht eine wirtschaftlich ohnehin angeschlagene Stadt den Hebesatz, mag das kurzfristig die Steuereinnahmen stabilisieren. Es wird allerdings nicht dazu führen, dass weitere Unternehmen kommen – und damit Arbeitsplätze (<https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/>) und zusätzliche Einnahmen. In diesem Jahr erhöhten bundesweit 64 Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern ihren Hebesatz, lediglich vier senkten ihn.

DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov sieht in der Gewerbesteuer einen Nachteil für den angeschlagenen Wirtschaftsstandort insgesamt. „Das ist ein deutscher Sonderweg, weil eine solche regionale Belastung der Unternehmen zusätzlich zur Körperschaft- und Einkommensteuer nur bei uns existiert“, sagt sie. Reformansätze würden seit Jahren diskutiert, aber nicht angegangen, weil die Kommunen hierzu nicht bereit seien – aber auch, weil die Kommunen nicht von ihren Ländern unterstützt würden. „Wenn es ganz schlecht für Deutschland läuft, finden Verlagerungen von Standorten oder Produktionen jenseits der deutschen Grenzen statt.“

Die Kommunen verweisen auf Zwänge. „Keine Gemeinde beschließt Steuererhöhungen leichtfertig“, sagt Uwe Zimmermann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Angesichts eines für dieses Jahr erwarteten Defizits von 30 Milliarden Euro seien die bisherigen Steuererhöhungen „als sehr maßvoll zu bezeichnen“. Die Hebesätze würden deshalb auch in den kommenden Jahren „leicht steigen“.



Beim Deutschen Städtetag legt man Wert darauf, dass die Defizite der Kommunen nicht selbst verschuldet seien. „Der wesentliche Grund sind steigende Sozialkosten und Aufgaben, die Bund und Länder uns zuweisen, aber nicht ausreichend ausfinanzieren“, sagt Hauptgeschäftsführer Christian Schuchardt.

Die örtlichen Realsteuern – neben der Gewerbesteuer ist das die Grundsteuer – würden weiter steigen, wenn die Kommunen „nicht sehr schnell und sehr deutlich entlastet“ würden. „Wir fordern in einem ersten Schritt einen höheren kommunalen Anteil an den Gemeinschaftsteuern“, sagt Schuchardt. In einem zweiten Schritt müssten Bund und Länder die Kommunen von gesetzlichen Aufgaben entlasten.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzcenter von WELT und „Business Insider Deutschland“ (<https://www.businessinsider.de/>) erstellt.

Karsten Seibel (<https://www.welt.de/autor/karsten-seibel/>) ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet unter anderem über Haushalts- und Steuerpolitik.